

Wahlprüfsteine

Landeselternrat

Das junge MV.

FDP Mecklenburg-Vorpommern, Goethestraße 87, 19053 Schwerin

LER M-V
Landeselternrat Mecklenburg-Vorpommern
Heinrich-Heine-Ring 78
18435 Stralsund

Schwerin, den 08. Juli 2016

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern hier: Ihr Schreiben vom 23. Juni 2016

Sehr geehrte Frau Metz,

vielen Dank für Ihre Email mit den Wahlprüfsteinen des Landeselternrates. Sehr gerne werden wir im Folgenden auf Ihre Fragen eingehen und unsere liberalen Positionen darstellen:

1. Wie stehen Sie zu einer Veränderung im Zuständigkeitsbereich der Ministerien hinsichtlich der Zusammenführung von Kindertagesstätte und Schule zu einem Ministerium?

Zu 1)

Die FDP hält die Eingliederung der vorschulischen Bildung in das Bildungsministerium für sinnvoll, um einheitliche Rahmenbedingungen und eine bessere Koordinierung der Bildungsaufgaben zu gewährleisten.

2. Welche Änderungen des föderalen Bildungssystems zugunsten deutschlandweit einheitlicher Strukturen halten Sie für notwendig?

Zu 2)

Wichtig wären vereinheitlichte Rahmenbedingungen. Strukturen an sich sind nicht unbedingt ausschlaggebend für die Qualität von Schule, erleichtern aber die Vergleichbarkeit. Welche konkreten Veränderungen es dann sind, mögen Bildungsfachleute entscheiden, nicht Politiker.

3. Wie wollen Sie die Inklusion umsetzen, um das Recht jedes einzelnen Kindes auf individuelle Förderung zu verwirklichen und wie verträgt sich das mit der Tradition des einheitlichen Klassenzieles und der einheitlichen Bewertung durch Schulnoten?

4. In welcher Form halten Sie die personelle und sächliche Ausstattung im inklusiven Bildungssystem für geboten?

5. In welchem Umfang beabsichtigt Ihre Partei für Eltern die Wahlmöglichkeit zwischen inklusiven Schulen und Förderschulen zu erhalten?

Freie
Demokraten

Mecklenburg-
Vorpommern FDP

Zu 3-5)

Im Konzept der Landesregierung zur inklusiven Bildung sind wesentliche Aufgaben für die nächsten Jahre zutreffend beschrieben. Es kommt jetzt darauf an, sie auch wirklich in die Praxis umzusetzen. Das bedeutet aus unserer Sicht die notwendigen Personalentwicklungsabsichten in angemessener Qualität umzusetzen:

- für die aktiven Lehrer fundierte und praxistaugliche Fortbildungen, prozessbegleitend
- Ausbildung und Einsatz von qualifizierten Sozialpädagogen zur Unterstützung der Arbeit in den Lerngruppen
- Verankerung inklusiver Bildungsvorhaben in den Schulprogrammen und Schuljahresarbeitsplänen der Schulen
- Verbesserung der Ausstattung der Schulen (geeignete Materialien für die individuelle Förderung aller Schüler, Einrichtung von Lernecken und Lernräumen für die individuelle Lernarbeit) , Beteiligung des Landes über entsprechende Förderprogramme
- Ausgewogenes Verhältnis von externer und inklusiver Bildung, Förderschulen werden auch weiterhin notwendige Ergänzung zur inklusiven Bildung sein

Schulnoten sind seit jeher nur bedingt tauglich, um den Entwicklungsstand von Kindern zu beschreiben. Es wäre sinnvoll, sie durch fundierte Lernentwicklungsberichte zu ergänzen, die das BM gerade abgeschafft hat.

6. Halten Sie eine Entschlackung der Rahmenpläne für essentiell und auf absehbare Zeit für umsetzbar?

Zu 6)

Eine umfassende Veränderung der gegenwärtigen Rahmenpläne ist gegenwärtig nicht notwendig. Sie bieten überwiegend eine brauchbare Grundlage für schulinterne Lehrpläne.

7. Wie sehen Sie die zukünftige Förderung Hochbegabter im Schulwesen von Mecklenburg-Vorpommern?

Zu 7)

Eine zentralisierte Förderung von Hochbegabten ist nicht mehr zeitgemäß. Auch diese Schüler sollen in der ihnen vertrauten Lernumgebung aktiv sein, soziale Kontakte pflegen. Zusätzlich muss es mehr online-Förderangebote für sie geben und Lernpartner, die sie kompetent unterstützen können.

8. Welche Schwerpunkte setzen Sie in der Schulentwicklungsplanung für die nächsten Jahre? In wie weit gehen sie dabei davon aus, dass die Schülerzahlen nicht weiter steigen werden, die Vielfalt an Schülern aber zunimmt und die Unterschiede zwischen Städten und Landkreisen sich mehr und mehr manifestieren?

Zu 8)

Viele Veränderungen in unserer Gesellschaft haben Einfluss auf die Entwicklung von Bildung und Schulen. Die FDP vertritt die Auffassung, dass diese Veränderungen verantwortungsbewusst, kompetent und flexibel genutzt werden können, wenn Schulen eigenverantwortlich mit ihren konkreten Bedingungen umgehen können. Demzufolge muss die Eigenverantwortlichkeit gestärkt werden.

9. Halten Sie die Verbeamtung von Lehrern für geeignet, um Lehrermangel und Unterrichtsausfall entgegenzuwirken?

Zu 9)

Die FDP hält grundsätzlich eine Verbeamtung von Lehrern für nicht sinnvoll. Es ist allerdings klar, dass MV hierbei keinen Alleingang riskieren kann. Es bedarf eines bundeseinheitlichen Ansatzes.

10. Welche Schritte wird Ihre Partei in der landesweiten Lehrerausbildung unternehmen, um einer Überalterung in den Schulen entgegen zu wirken?

Zu 10)

MV macht inzwischen attraktive Angebote an junge Lehrer um den aktuellen und künftigen Lehrkräftebedarf zu decken. Dieser Weg muss fortgesetzt werden. Notwendig ist vor allem eine zielgerichtete Orientierung auf wichtige Bedarfsbereiche und eine praxisnahe Ausbildung an späteren Einsatzschulen.

- Die FDP hält es nicht für erforderlich, alle Lehramtsstudierenden auch in MV zu halten. Ein gesundes Maß an Austausch und Flexibilität wirkt qualitätssteigernd. Leider sorgt das BM durch die schlechte Lehrerausbildung für verringerte Chancen von MV-Lehramtsstudenten in anderen Bundesländern. Diese Art der Bindung an das Heimatbundesland lehnt die FDP ab.
- Wichtig ist es MV durch gute Arbeitsbedingungen an den Schulen für junge Lehrer attraktiv zu machen. Das bedeutet eine gute, auf die Landesbedingungen bezogene Ausbildung im Referendariat, Veränderungen bei der Lehrerarbeitszeit, mehr Konzentration auf das Wesentliche von Lehrertätigkeit, wirkungsvolle Unterstützungssysteme für komplizierte schulische Aufgaben, angemessene Lerngruppengrößen, ausgewiesene Entwicklungsperspektiven im Lehrerberuf, wertvolle Lehrerfortbildungen und natürlich eine konkurrenzfähige Bezahlung von Lehrerleistungen.

- Einen spürbaren Zuzug von Lehrern aus anderen Bundesländern muss man für MV in den nächsten Jahren ernsthaft anstreben. Solche „Wanderungsbewegungen“ hat es in den letzten Jahren im Bundesgebiet immer gegeben. Mit Bedingungen wie oben formuliert, sollte das auch möglich sein.
- Aber alle derartigen Bemühungen werden nicht ausreichend sein, um den Bedarf zu decken. Dazu müssen „landeseigene“ Lehrer unter vernünftigen Bedingungen länger im Beruf gehalten werden, „landeseigene“ Lehrerstudenten durch gute Ausbildungsprogramme und Einstiegsbedingungen in den Lehrerberuf an MV gebunden werden und geeignete Seiteneinsteiger vernünftig weitergebildet werden, damit sie keine „Aushilfslehrer“ bleiben.
- Das Problem lässt sich also nicht so sehr durch Marketingmaßnahmen lösen sondern durch verbesserte Aus-, Fort- und Weiterbildung und durch die anderen oben schon beschriebenen Rahmenbedingungen.

11. Wie positionieren sie sich bzgl. des pädagogisch-didaktischen Anteils der Lehrerausbildung im Vergleich zum Umfang der fachlichen Ausbildung?

Zu 11)

Die pädagogisch-psychologische Ausbildung im Rahmen der Lehrerausbildung muss deutlich gestärkt werden, sowohl an den Unis als auch während des Referendariats. Diesbezüglich ist die Ausbildung in MV gegenwärtig die schlechteste bundesweit. Das zu verändern ist ein zentraler Schlüssel für die Qualitätsverbesserung an Schulen.

12. Sollte jede Schule mindestens ein Schulsozialarbeiter beschäftigen?

13. Sollte Schulsozialarbeit gesetzlich verankert werden?

14. Wie steht Ihre Partei zur Weiterbeschäftigung der Schulsozialarbeiter über 2020 hinaus und wie kann sie finanziell gesichert werden?

Zu 12.-14)

Schulsozialarbeit ist ein wesentlicher Teil von kompetenter schulischer Arbeit. Schulsozialarbeiter sollte Arbeitsverträge erhalten, die mit denen der Lehrer vergleichbar sind. Die Finanzierung der Personalkosten muss eine beständige Landeaufgabe werden.

15. Ist Ihre Partei willens für die Verbesserung des Schulsystems, der medialen Ausstattung aller Schulen, die entsprechenden finanziellen Mittel aus dem Landeshaushalt bereit zu stellen?

Zu 15)

In Bezug auf die Nutzung moderner Medien gibt es an vielen Schulen in MV großen Handlungsbedarf: bei der Technik, bei der Software, bei der Vernetzung, bei der Fortbildung des Personals. Die FDP sieht hierin eine große Herausforderung für die Schulen und Schulträger in den nächsten Jahren, die dabei nicht allein gelassen werden dürfen. Es bedarf hier der Unterstützung vieler Partner, gerade auch aus der Wirtschaft.

16. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Zahl der Ausbildungsabbrecher zu senken?

Zu 16)

Das Übel liegt in einer nicht ausreichenden Förderung von Kindern im Vorschulalter und in der Grundschule. Gerade hier muss deutlich mehr investiert werden, um individuelle Schwächen zu beseitigen und Stärken wirkungsvoll zu fördern.

17. Welche finanziellen Mittel sind aus Ihrer Sicht nötig, um doppelte Haushaltsführungen im Ausbildungsbereich zu unterstützen?

Zu 17)

Die Art der Haushaltsführung (Kameralistik oder Doppik) hat keinen wesentlichen Einfluss auf die Qualität von Schularbeit.

18. Wie wird Ihre Partei die Schülerbeförderung zukünftig gestalten? Können alle Kinder bis zum Ende der 1. Berufsausbildung, egal ob sie die örtlich zuständige oder unzuständige Schule besuchen, das gesamte Jahr davon profitieren?

Zu 18)

Alle Schulen sollten über ein abgestimmtes Budget für die Schülerbeförderung verfügen, um es bedarfsgerecht einsetzen zu können. Also auch hier sehen wir den Lösungsansatz in der Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen.

19. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um Elternmitwirkung flächendeckend zu stärken, zu fördern und zu unterstützen?

Zu 19)

Aus der Sicht der FDP sind die Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Elternarbeit durchaus gegeben. Es kommt vor allem auf die Ausgestaltung an, an der Eltern verantwortungsbewusst teilhaben können. Das zeigen viele positive Beispiele in unserem Land.

20. Sehen Sie zur Unterstützung der Elternvertreter dahingehend Handlungsbedarf, dass die Kinderbetreuung und Versicherungsschutz während der Ausübung ihres Ehrenamtes sichergestellt ist?

Zu 20)

Die Ausübung eines Ehrenamtes ist eine Aufgabe von herausragender gesellschaftlicher Bedeutung. Das gilt für alle Arten von Ehrenamt. Eine besondere Rolle von Elternvertretern etwa im Vergleich zu Übungsleitern im Sport sieht die FDP nicht. Der Versicherungsschutz ist weitgehend gegeben. Fortbildungen zu dieser Frage sind aber zweckmäßig.

21. Wie rechtfertigt Ihre Partei die Einstufung der Schulen in freier Trägerschaft als sogenannte "Ersatzschulen" im Sinne des Schulgesetzes?

Zu 21)

Das Wort „Ersatzschulen“ ist ein verunglückter juristischer Begriff, der allerdings üblich ist im Zusammenhang mit Schulen in freier Trägerschaft. Sehr viel problematischer ist dagegen die Benachteiligung dieser Schulen im Vergleich zu den öffentlich-rechtlichen Schulen. Diese Schulen leisten einen wesentlichen Beitrag zum Bildungsangebot in MV und es ist nicht hinnehmbar, dass das Land auf Kosten von Eltern und Kindern dieser Schulen den Bildungshaushalt sanieren will. Deshalb steht im Landeswahlprogramm der FDP eine klare Forderung nach Gleichberechtigung von Schulen in öffentlich-rechtlicher und privater Trägerschaft.

22. Wie positioniert sich Ihre Partei dazu, die niederdeutsche Sprache flächendeckend an den Schulen in MV dauerhaft zu etablieren? Sehen Sie hier Handlungsbedarf?

Zu 22)

Die Pflege der niederdeutschen Sprache soll an möglichst vielen Schulen eine wertvolle Ergänzung zum obligatorischen Bildungsangebot werden. Die Entscheidung für eine konkrete Umsetzung muss aber in Eigenverantwortung der Schulen erfolgen und bedarf keiner zentralstaatlichen Regelung.

23. Wie sehen sie die Wirkung des Schulfriedens in der nächsten Legislaturperiode?

Zu 23)

Wenn „Schulfrieden“ eine Einigung darüber bedeutet, vorläufig nicht zum x-ten Mal Schulstrukturen zu verändern, ist die FDP dabei. Wenn damit gemeint sein sollte, dass Schulen friedlich vor sich hin schlummern können, ohne sich an den dynamischen Veränderungen in unserer Gesellschaft zu orientieren, können sie nicht mit dem Verständnis der FDP rechnen.

24. Halten Sie die Einführung der Orientierungsstufe für ein Erfolgsmodell?

Zu 24)

Die Einführung der Orientierungsstufe als Fortsetzung der Grundschule oder als Einführung für den Regionalschulbildungsgang ist ein bildungspolitischer Fehler, der zu einer Reihe von Fehlorientierungen und Fehlleitungen von Schüler geführt hat und führt. Im Sinne des „Schulfriedens“ ist es dennoch sinnvoll, sie jetzt an den Regionalschulen zu belassen. An vielen Standorten wären die Gymnasien aktuell mit der Einführung der Orientierungsstufe überfordert. Allerdings ist es notwendig, die Regionalschulen mit ausreichend Fördermöglichkeiten auch für leistungsstärkere Schüler auszustatten. Das ist gegenwärtig nicht der Fall.

25. Sind sie mit dem gestiegenen Bedürfnis der Eltern und Kinder nach einem Abitur zufrieden? Was wollen sie ggf. unternehmen?"

Zu 25)

Das gestiegene Bedürfnis nach Abiturabschlüssen beinhaltet eher den Wunsch nach geordneten Schulverhältnissen und oftmals nicht den Wunsch nach anspruchsvoller Bildung. Viele Schüler an den Gymnasien können die gehobenen Ansprüche nicht erfüllen oder haben kein Interesse daran. Diese Fehlentwicklung muss durch angemessene Leistungsanforderungen einerseits und attraktivere Bildungsangebote an Regionalschulen andererseits gestoppt werden. Wir brauchen leistungsfähige Akademiker und leistungsstarke Facharbeiter gleichzeitig.

26. Was würden Sie tun um Schulen, die Bildungsstätten der kommenden Generationen, mit den Dingen auszustatten, die es bedarf, um gut ausgebildete Fachkräfte, Ingenieure, Lehrer, Ärzte und Co hervorzubringen?

Zu 26)

Es gibt bereits viele gute Beispiele, wo Schulen von Wirtschaftsunternehmen materiell und ideell wirkungsvoll unterstützt werden. Diese Ansätze gilt es auszubauen. Dabei setzt die FDP vor allem auf die Eigeninitiative der beteiligten Partner.

27. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Unterrichtsversorgung in M-V langfristig zu sichern?

Zu 27)

siehe Ausführungen zu Punkt 10

Wir würden uns freuen, wenn wir diese und weitere Fragen in einem persönlichen Gespräch diskutieren können. Gerne werden wir dann Ihre Anregungen in unserer politischen Arbeit berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Cécile Bonnet-Weidhofer
Spitzenkandidatin



René Domke
Landesvorsitzender